

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Agrarausschuss

47. Sitzung

am Donnerstag, dem 28. November 2002, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Claus Hopp (CDU)

Vorsitzender

Hermann Benker (SPD)

Maren Kruse (SPD)

Wilhelm Malerius (SPD)

in Vertretung von Dr. Henning Höppner

Helmut Plüschau (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Jürgen Feddersen (CDU)

Claus Ehlers (CDU)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Metropolregion Hamburg	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/905	
(überwiesen am 11. Mai 2001 an den Agrarausschuss , den Wirtschaftsausschuss und den Umweltausschuss zur abschließenden Beratung; der Umweltausschuss hat am 13. Juni 2001 Kenntnis genommen; der Wirtschaftsausschuss hat die Beratung am 27. Juni 2001 für abgeschlossen erklärt)	
(Fortsetzung der Beratung vom 7. Juni 2001)	
hierzu: Umdrucke 15/1202 und 15/1330 Unterrichtung 15/0014	
2. Wettbewerbsstellung der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft	6
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 15/1331	
(überwiesen am 16. November 2001 zur abschließenden Beratung) hierzu: Drucksache 15/1059	
(Fortsetzung der Beratung vom 29. November 2001)	
3. Agrarreport	7
(Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 15/1925 -) Mündlicher Bericht der Landesregierung gegeben am 21.06.02 im Plenum und überwiesen am 21. Juni 2002 zur abschließenden Beratung	
4. Futter- und Lebensmittelkontrollen in Schleswig-Holstein	9
a) Mündlicher Bericht der Landesregierung im Plenum am 21. Juni 2002 gegeben von der Landesregierung und überwiesen am 21. Juni 2002 zur abschließenden Beratung	
b) Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1980	
(überwiesen am 21. Juni 2002)	
5. Bericht der Landesregierung über Acrylamidbelastungen in Lebensmitteln	11
Antrag des Abg. Peter Jensen-Nissen (CDU) Umdruck 15/2713	

- 6. Bericht der Landesregierung über die Kostenentwicklung der IBR/BHV1-Untersuchungen** 12
- Antrag des Abg. Peter Jensen-Nissen (CDU)
Umdruck 15/2713
- 7. Bodenschutz und die Verwertung von Biomasse auf landwirtschaftlich genutzten Flächen** 15
- Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP (Drucksache 15/2078)
- (überwiesen am 9. Oktober 2002 an den **Umweltausschuss** und den **Agrarausschuss** zur abschließenden Beratung)
- 8. Sauerstoffmangel in der Ostsee** 17
- Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2147
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2181
- (überwiesen am 10. Oktober 2002 an den **Umweltausschuss**, den **Europausschuss** und den **Agrarausschuss** zur abschließenden Beratung)
- 9. Bericht des Ministeriums für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus über das Ergebnis der 8. Milchquotenbörse und die Auswirkungen auf die schleswig-holsteinischen Betriebe** 18
- Berichtswunsch der Abg. Dr. Happach-Kasan (FDP)
Umdruck 15/2682
- hierzu: Umdruck 15/2803
Siehe auch „Bauernblatt“ vom 9. November 2002
- 10. Terminplanung für das erste Halbjahr 2003** 19
- 11. Wahl des Vorsitzenden des Agrarausschusses** 20
- 12. Verschiedenes** 22

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, eröffnet die Sitzung um 10:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Metropolregion Hamburg

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/905

(überwiesen am 11. Mai 2001 an den **Agrarausschuss**, den **Wirtschaftsausschuss** und den **Umweltausschuss** zur abschließenden Beratung; der Umweltausschuss hat am 13. Juni 2001 Kenntnis genommen; der Wirtschaftsausschuss hat die Beratung am 27. Juni 2001 für abgeschlossen erklärt)

(Fortsetzung der Beratung vom 7. Juni 2001)

hierzu: Umdrucke 15/1202 und 15/1330
Unterrichtung 15/0014

Der Ausschuss erklärt auf Vorschlag des Vorsitzenden die Beratung des Berichts der Landesregierung über die Metropolregion Hamburg aufgrund der inzwischen erfolgten Weiterentwicklung für abgeschlossen und nimmt den Bericht ohne Diskussion zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Wettbewerbsstellung der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1331

(überwiesen am 16. November 2001 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Drucksache 15/1059

(Fortsetzung der Beratung vom 29. November 2001)

Abg. Peter Jensen-Nissen sieht aufgrund des Haushaltsentwurfs für 2003 und der weiteren in der Presse vom Vortage veröffentlichten Kürzungsüberlegungen seine in der ersten Lesung vorgetragene Kritik als berechtigt an und will wissen, wo die vorgesehenen zusätzlichen Kürzungen anfallen werden.

Abg. Friedrich-Carl Wodarz besteht darauf, diese Frage in den Haushaltsberatungen des Finanzausschusses zu behandeln. Dieser Forderung tritt Abg. Detlef Matthiessen mit dem Hinweis bei, dass er in der Agrarausschusssitzung nicht auf eine solche Haushaltsdebatte vorbereitet sei.

Der Vorsitzende legt Abg. Peter Jensen-Nissen nahe, die Frage eventuell unter den Punkt Verschiedenes erneut zu stellen und dort von der Ministerin beantworten zu lassen.

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage einschließlich der dazu als Material vorgelegten Drucksache 15/1059 abschließend zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Agrarreport

(Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 15/1925 -)

Mündlicher Bericht der Landesregierung gegeben am 21.06.02 im Plenum und überwiesen am 21. Juni 2002 zur abschließenden Beratung.

Abg. Helmut Plüschau stellt angesichts der schwierigen Haushaltslage des Landes die Art der Fortschreibung des Agrarreports in der, wie er es nennt, „aufwendigen Form“ der fortgeschriebenen Statistiken infrage. Er regt neue Überlegungen im Ministerium an. Dem schließt sich Abg. Detlef Matthiessen an.

Abg. Peter Jensen-Nissen will Veränderungsvorschläge nicht von vornherein abweisen, bleibt aber dabei, dass Berichtswünsche der Opposition, in welcher Form auch immer, erfüllt werden müssten. Über eine neue Form des Berichts könne selbstverständlich nachgedacht werden. Er könne sich durchaus vorstellen, über eine neue Berichtsform im Ausschuss zu beraten.

Abg. Claus Ehlers will die Überlegungen des Abg. Helmut Plüschau auf alle Fälle auch auf andere Bereiche und Häuser übertragen wissen.

Der Vorsitzende fasst die Diskussion dahin zusammen, dass die Ausschussmitglieder einen entsprechenden Appell an ihre Fraktionen richten sollten.

Anschließend erläutert MDgt Hans-Joachim Pieper kurz den Agrarreport und verweist darauf, dass neben dem umfangreichen statistischen Werk, das für die Arbeit der Ministerien und die politische Auseinandersetzung eine gute Grundlage sei, und das im Übrigen nicht vom Agrarministerium, sondern vom Statistischen Bundesamt und vom Statistischen Landesamt zusammengestellt werde, in einem ersten Teil des Reports eine Darstellung seines Hauses über die Schwerpunkte der Arbeit eines Jahres gegeben werde, mit welcher der Politik und der Öffentlichkeit deutlich gemacht werden solle, welches die Leistungen des Hauses seien.

Zugegebenermaßen seien auf der einen Seite angesichts der schwierigen finanziellen Lage durchaus Überlegungen notwendig, die Dinge zu reduzieren, um auf diese Art und Weise Kosten zu sparen. Das müsse aber sehr sorgfältig geschehen, weil man auf der anderen Seite auch auf die Informationen, die mit diesen Erhebungen gegeben würden, angewiesen sei. Oh-

ne Änderung des rechtlichen Rahmens werde sicherlich an der jetzigen Form oder an einer ähnlichen Form der Darstellung festzuhalten sein.

Beschluss:

Der mündliche Bericht und der Agrarreport werden abschließend zur Kenntnis genommen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Futter- und Lebensmittelkontrollen in Schleswig-Holstein

- a) Mündlicher Bericht der Landesregierung im Plenum am 21. Juni 2002
gegeben von der Landesregierung und überwiesen am 21. Juni 2002 zur
abschließenden Beratung
- b) Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1980

(überwiesen am 21. Juni 2002)

Abg. Peter Jensen-Nissen bittet, in der Diskussion des Berichts auch die von ihm mit Drucksache 15/1980 erwähnte Vernetzung und Zusammenarbeit der Landeslabore in den norddeutschen Bundesländern zu behandeln.

MDgt Hans-Joachim Pieper schildert zunächst die Ursprünge der Futtermittelkontrolle. In der Vergangenheit sei die Futtermittelkontrolle sehr stark darauf ausgerichtet gewesen, im Interesse der Landwirtschaft die Futtermittel auf ihre Inhaltsstoffe zu überprüfen und herauszufinden, ob die Deklaration mit dem Vorgefundenen übereinstimme. Auf diese Art und Weise sollte sichergestellt werden, dass die Landwirtschaft das Produkt bekommt, das sie hinsichtlich ihrer wertbestimmenden Bestandteile auch bezahlt habe.

Inzwischen hätten sich die Rahmenbedingungen deutlich verschoben. Das Interesse der Öffentlichkeit an belastenden Stoffen in Futtermitteln sei in den Vordergrund getreten. Daher habe die Futtermittelüberwachung einen zusätzlichen Schwerpunkt in den letzten drei Jahren entwickelt, um diesen Fragen deutlicher nachzugehen.

Auf Bundesebene habe es deshalb Initiativen gegeben, das Monitoring in diesen Bereich zu verschieben. Das Land Schleswig-Holstein habe mit der Konzentration der Futtermittelüberwachung auf das Amt für ländliche Räume in Kiel personell und inhaltlich reagiert. Das sei einerseits in Gesprächen mit LUFA/ITL geschehen, wo darauf gedrungen worden sei, die technischen Kapazitäten dafür zu schaffen. Andererseits sei man dabei, mit dem Landeslabor die technischen Kapazitäten und Schwerpunkte im Konzert der Länder Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern abzugleichen, um auf der Grundlage dieser Analyse zu entscheiden, was künftig schwerpunktmäßig in Schleswig-Holstein geschehen könne und was verlagert werden sollte. Darüber hinaus müsse geklärt werden, was gegebenenfalls an private

Labore gegeben werden müsse, wenn es sich anders nicht rechne. Diese Auseinandersetzung finde zurzeit statt und man hoffe, dass sie baldmöglichst zu einem Ergebnis führen werde.

Der Leiter des Landeslabors in Neumünster, Herr Dr. Hauke Hey, ergänzt, dass das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Schwerpunktbildung in Mecklenburg-Vorpommern noch nicht sehr weit entwickelt sei und deshalb auf der Arbeitsebene noch große Schwierigkeiten bestünden, schnell zu konkreten Zielen zu kommen.

Auf die Nachfrage des Abg. Peter Jensen-Nissen nach der Umsetzung der EU-Vorgaben bestätigt MDgt Dr. Gustav Sauer für das Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten zunächst die vorgetragenen organisatorischen Schwierigkeiten und führt sodann aus, dass jedes Verfassungsorgan - sei es Bund oder Land - bei der EU Tacheles reden müsse, dass das, was sich die EU vorstelle, so nicht machbar sei, da es an entsprechendem Personal fehle. Insofern unternehme das Land hier immer wieder auch eine Gratwanderung mit der steten Gefahr, von der EU einen „Rüffel“ zu bekommen. Dabei sei die künftige Situation im Grunde klar. Sie müsse lauten: Mehr Eigenverantwortung der Erzeuger bei der Qualitätssicherung, wobei der Staat dann nur noch das Funktionieren der Qualitätssicherung überprüfe. Dem Landeslabor müsse dabei die wissenschaftliche Kapazität zugestanden werden, um die Messergebnisse nachqualifizieren zu können.

Abg. Peter Jensen-Nissen schlägt vor, konkrete Lösungsmöglichkeiten in weiteren Sitzungen in Zusammenarbeit von Umweltministerium und Agrarministerium zu suchen unter Einbeziehung eventuell auch von Fachleuten der anderen norddeutschen Länder.

Zur Frage des Abg. Claus Ehlers nach dem Fortgang der Erstellung einer Positivliste für Futtermittel teilt MDgt Hans-Joachim Pieper mit, dass eine solche Liste zwar bereits existiere, dass sie aber nicht angewendet werden dürfe, weil es keine EU-rechtliche Absicherung gebe. An einer solchen Absicherung werde aber gearbeitet. Die Machbarkeitsstudie dazu werde voraussichtlich Ende des kommenden Jahres vorgelegt werden können.

Abg. Friedrich-Carl Wodarz greift den Vorschlag von Abg. Peter Jensen-Nissen auf, weiter an den konkreten Umsetzungsmöglichkeiten zu arbeiten, und bittet die zuständigen Ministerien um zeitnahe Unterrichtung über den Fortgang der Verhandlungen.

Der Vorsitzende stellt die Erledigung des Punktes 4 der Tagesordnung fest mit der Maßgabe, dass sich der Ausschuss zu gegebener Zeit erneut mit der Thematik beschäftigen wolle.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über Acrylamidbelastungen in Lebensmitteln

Antrag des Abg. Peter Jensen-Nissen (CDU)
Umdruck 15/2713

MDgt Dr. Gustav Sauer bezeichnet das Fehlen eines Grenzwertes für Acrylamid als Problem. Man wisse nicht, ob bei der Erhitzung von eiweißhaltigen Lebensmitteln von einer linearen oder einer exponentiellen Vergrößerung ausgegangen werden müsse. Insofern könne zurzeit nur mit einem so genannten Signalwert gearbeitet werden, und deshalb gebe es auch nur die Möglichkeit, mit der Industrie in einen so genannten Minimierungsdialog einzutreten. Eine administrative, ordnungsrechtliche Handhabe gebe es noch nicht. Die Festsetzung eines Höchstgrenzwertes werde sicherlich noch geraume Zeit dauern, sodass man tatsächliche administrative Eingriffswerte nicht vor dem Jahre 2005 erhalten werde.

Erfreulich sei, so fährt MDgt Dr. Gustav Sauer fort, dass man in Schleswig-Holstein noch keine Werte gefunden habe, die über diesen Signalwert hinausgegangen seien.

Die sich anschließende Diskussion dreht sich vorrangig um die gesundheitspolitisch vertretbare Festsetzung eines Grenzwertes und um die Tatsache, dass in privaten Haushalten überhaupt nur über Verbraucherinformationen eingewirkt werden könne.

Abg. Friedrich-Carl Wodarz fordert angesichts der Tatsache, dass manche Hersteller zwar um den Gehalt der Acrylamidbelastungen in ihren Produkten wüssten, diesen aber nicht veröffentlichten, ein wirksames Verbraucherinformationsschutzgesetz.

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan tritt dafür ein, möglichst vollständig die gesundheitspolitische Relevanz von Acrylamidbelastungen für den Menschen zu eruieren, um Überreaktionen, wie sie bei Formaldehyd entstanden seien, zu vermeiden.

Mit der Bitte an das Ministerium, bei einem neuen Sachstand den Ausschuss zeitnah zu unterrichten, schließt der Vorsitzende die Diskussion.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über die Kostenentwicklung der IBR/BHV1-Untersuchungen

Antrag des Abg. Peter Jensen-Nissen (CDU)
Umdruck 15/2713

MDgt Hans-Joachim Pieper berichtet zunächst über die finanziellen Auswirkungen in der Vergangenheit und deren Entwicklung bis zur Gegenwart. Bei IBR/BHV1 handele es sich um eine Rindererkrankung, die schon seit längerer Zeit EU-weit erhebliche wirtschaftliche Probleme bereite. Deshalb sei man dazu übergegangen, diese Virusinfektion durch Impfung zu bekämpfen. Das Impfen sei aber nicht die einzige Lösung. Viele der Bundesländer seien bei der Bekämpfung dieser Krankheit finanziell mit erheblichen Kosten bereits zu der Zeit eingestiegen, als die Bekämpfung noch freiwillig gewesen sei. Die Möglichkeiten des Landes Schleswig-Holstein, sich in diesem Bereich materiell zu engagieren, seien allerdings begrenzt gewesen. Da aber bereits vor fünf oder sechs Jahren eine Sanierungsnotwendigkeit gesehen worden sei, sei es im Jahre 1999 zu einem Round-Table-Gespräch zwischen Ministerium und den einschlägigen Berufsverbänden gekommen, in dem man sich darauf verständigt habe, die damals freiwilligen IBR-Untersuchungen insoweit aus Landesmitteln zu fördern, als die damit verbundenen technischen Kosten in Rechnung gestellt werden konnten, während die Personalkosten über das Landeslabor als direkte Bezuschussung abgedeckt werden sollten.

Das habe damals zu einem Kostensatz in der Größenordnung von 2,59 DM für den Landwirt und später von 3,00 DM geführt,

Diese Verfahrensweise habe solange Bestand gehabt, wie das Landeslabor noch unmittelbar rechtlich dem Land und damit dem Umweltministerium unterstanden habe. Das sei zwar heute auch noch der Fall, aber das Labor habe inzwischen einen anderen Rechtscharakter als eigenständiger Landesbetrieb. Diese Rechtsänderung habe zur Grundlage, die in diesem Bereich entstehenden Kosten zu reduzieren und stärker den Verursachern anzulasten, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen sei.

Vor dem Hintergrund dieser neuen Rahmenbedingungen sei seit dem 01.01. des laufenden Jahres das Landeslabor gehalten gewesen, eine kostenorientierte Bewertung des Untersuchungsprozesses zu ermitteln und eine entsprechende Gebühr in Rechnung zu stellen. Dies habe nicht zuletzt auch deshalb so lange gedauert, als die damaligen Kosten zu beinahe 100 % aus Landesmitteln getragen worden seien. Im Übrigen habe das Landeslabor den durch die

damals obligatorisch angeordneten Untersuchungen entstandenen Umfang der Untersuchungen nicht allein bewältigen können. Deshalb seien im Winterhalbjahr 2001/2002 auch Kontingente der Proben nach Bayern beziehungsweise Sachsen-Anhalt vergeben worden. Dort seien die Untersuchungsgebühren deutlich höher gewesen als in Schleswig-Holstein. Sachsen-Anhalt habe 10 bis 11 DM genommen. Bayer 5 DM. Das Landeslabor habe damals die damit verbundenen Kostendifferenzen aus seinem eigenen Haushalt übernommen und den Landwirten nicht in Rechnung gestellt. Damit bleibe festzuhalten, dass in der Vergangenheit einerseits der Gebührensatz im Lande für das Landeslabor nicht kostendeckend gewesen sei und sich andererseits das Land auch an Verfahren anderer Länder beteiligt habe, die deutlich höhere Sätze verlangt hätten. Die Ermittlung der neuen Gebühren habe das Landeslabor Ende September durchgeführt. Sie kämen heute entsprechend zur Anwendung.

Der Leiter des Landeslabors, Herr Dr. Hauke Hey, trägt ergänzend vor, welche einzelnen Kostenfaktoren bei der Ermittlung der Gebühren eine Rolle gespielt hätten. Die Erhöhung gründe darin, dass das Labor als Landesbetrieb seit dem 01.01.02 betriebswirtschaftlich vorgehen müsse. Man erwarte 500 000 Untersuchungen bei der jetzt laufenden Winteruntersuchungskampagne und rechne mit Personalkosten von 1,26 €, und Kosten für die Abschreibung auf Gebäude und Geräte von 51 Cent und für die Datenverarbeitung und anderes von 21 Cent. Dies mache zusammen bereits 2,00 € für eine Untersuchung aus. Hinzu kämen 1,50 € für die Kits, die dazugekauft werden müssten, also für Proberöhrchen, sowie für Verbrauchsmittel, Schutzkleidung, Gerätereparaturen und Wartung, Bewirtschaftungskosten, Druck und Versand der Ergebnisse und Ähnliches.

MDgt Hans-Joachim Pieper trägt zur ergänzenden Information die Gebührensätze anderer Bundesländer vor. In der Mehrzahl der Bundesländer würden dem Kunden Gebühren zwischen 3,50 € und 4,00 € in Rechnung gestellt. Mecklenburg-Vorpommern allerdings verlange zurzeit nur 2,50 €. Damit bewege sich Schleswig-Holstein im guten Mittelfeld.

Auf die Frage des Abg. Peter Jensen-Nissen, ob Schleswig-Holstein beabsichtige, das Landeslabor von Mecklenburg-Vorpommern als amtliche Untersuchungsstelle anzuerkennen, antwortet MDgt Hans-Joachim Pieper, dass man darüber gerade mit Mecklenburg-Vorpommern diskutiere. Darüber hinaus müsse auch die Frage geprüft werden, ob eine solche Vergabe nach Mecklenburg-Vorpommern sinnvoll sei. Denn immerhin basiere die jetzige Kalkulationsgrundlage in Schleswig-Holstein auf 500.000 Untersuchungen. Wenn von einer solchen Summe abgewichen werden solle, müsse der ganze Berechnungskomplex neu geprüft werden.

Landeslaborleiter Dr. Hauke Hey ergänzt, dass in den Gesprächen über eine norddeutsche Kooperation mit dem Amtsleiterkollegen in Rostock auch zum Ausdruck gekommen sei, dass

auch die dortigen Kapazitäten bestimmten Begrenzungen unterlägen. Wenn man nun meine, man könnte in Rostock für 2,59 € größere Kapazitäten unterbringen, dann sei das vermutlich Illusion. Hinzu komme, dass eine Summe von 2,59 € betriebswirtschaftlich sicherlich nicht als kostendeckend anzusehen sei. Und Mecklenburg-Vorpommern werde mutmaßlich die schleswig-holsteinischen Landwirte nicht subventionieren wollen.

Abg. Peter Jensen-Nissen fordert vor diesem Hintergrund, die Kostenkalkulation dem freien Spiel der Marktkräfte zu überlassen.

Zur Frage des Abg. Peter Jensen-Nissen, ob die IBR/BHV1-Bekämpfung über die gleiche Untersuchungsstraße gefahren werde wie die BSE-Tests, führt Landeslaborleiter Dr. Hauke Hey aus, dass die Gebäude- und Geräteamortisationskosten entsprechend der Probenanzahl auf beide Untersuchungspreise aufgeschlagen worden seien.

Abg. Peter Jensen-Nissen bleibt dabei, die Kostenkalkulation dem freien Spiel der Marktkräfte zu überlassen.

Der Vorsitzende spricht abschließend seinen Dank an das Labor für die inzwischen erfolgte Optimierung der Verfahrensabläufe aus und schließt damit die Diskussion.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bodenschutz und die Verwertung von Biomasse auf landwirtschaftlich genutzten Flächen

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2078

(überwiesen am 9. Oktober 2002 an den **Umweltausschuss** und den **Agrar-**
ausschuss zur abschließenden Beratung)

Im Mittelpunkt der Diskussion um die Große Anfrage stehen Überlegungen zu dem zu erwartenden Verbot der EU, Klärschlamm als Dünger auf Ackerflächen zu verwenden sowie zu den Schwierigkeiten bei der Genehmigung von Klärschlammverwertungsanlagen in Gewerbegebieten. Abg. Dr. Christel Happach-Kasan sieht die Auffassung ihrer Fraktion bestätigt, dass Klärschlamm aus ökologischer Sicht auf landwirtschaftlich genutzten Flächen verwertet werden könne. Sie bittet die Landesregierung um die Bewertung der Frage, ob es sinnvoll sei, dass die Verbände des ökologischen Landbaues ihren Verzicht auf die Ausbringung von Klärschlamm auf ihren Anbauflächen forderten.

MDgt Hans-Joachim Pieper erklärt, dass die Landesregierung akzeptiere, dass sich bestimmte Verbände gewisse Spielregeln geben. Auf der Grundlage von AGÖL werde die Bestimmung über die Nichtverwendung von Klärschlamm EU-weit akzeptiert und umgesetzt. Deshalb stelle sich sein Haus der Frage aus politischer Sicht nicht, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass Schleswig-Holstein den ökologischen Landbau befürworte.

Abg. Claus Ehlers unterstreicht die von der CDU-Fraktion in der Plenardebatte gemachten Ausführungen. Für ihn sei ein wesentlicher Punkt das immer stärker sich entwickelnde Vermarktungsrisiko, das gegeben sei, wenn Klärschlamm als Dünger auf Ackerflächen verwendet werde. Schon heute weigerten sich manche Abnehmer, Getreide von solchen Ackerflächen anzunehmen. Vor diesem Risiko gelte es, die Landwirte zu schützen.

Der Vorsitzende gibt seiner Erwartung Ausdruck, dass es aufgrund der EU-weiten Überlegungen spätestens im Jahre 2005 zu einem EU-weiten Verbot des Ausbringens von Klärschlamm auf Ackerbauflächen kommen werde.

Abg. Peter Jensen-Nissen zeigt sich erstaunt, in der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage unter Abschnitt IV keine Aussage der Landesregierung zu finden, wie die

Landesregierung mit der Anwendung von Schmierstoffen in ihrem eigenen Wagenpark umzugehen gedenke.

Abg. Detlef Matthiessen hält entgegen, dass man die Landesregierung nicht nach der Bewertung ihrer privatwirtschaftlichen Angelegenheit fragen könne. Es könne auch nicht Sache der Regierung sein, privatwirtschaftliche Festlegungen zu kommentieren. Aus seiner Sicht stehe es allerdings außer Frage, dass die Verwendung von Klärschlamm dem ökologischen Gedanken nicht entgegenstehe. Deshalb bedauere er, dass man bei der Klärschlammverwertung so kontrovers diskutiere. Er persönlich halte das Schließen von Nährstoffkreisläufen für ein Optimum der Düngerverwendung.

Abg. Hermann Benker will festgehalten wissen, dass sich die Frage der Klärschlammverwertung als Dünger als solche spätestens im Jahre 2005 erledigt haben werde, wenn der Klärschlamm nur noch ausschließlich zur Verbrennung zugelassen sein werde.

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage abschließend zur Kenntnis.

Kurz diskutiert wird anschließend noch das Monitum der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan zu den Schwierigkeiten bei der Genehmigung von Biogasanlagen für die Verwertung von Klärschlamm zur Gewinnung von Energie in Gewerbegebieten. MDgt Hans-Joachim Pieper bestätigt einzelne Standortprobleme und legt dar, dass der einzelne Standort jeweils mit der Gemeinde und dem Träger ausgehandelt werden müsse.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Sauerstoffmangel in der Ostsee

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2147

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2181

(überwiesen am 10. Oktober 2002 an den **Umweltausschuss**, den **Europa-**
ausschuss und den **Agrarausschuss** zur abschließenden Beratung)

Der Bericht der Landesregierung zum Sauerstoffmangel in der Ostsee wird ohne Diskussion abschließend zur Kenntnis genommen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Bericht des Ministeriums für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus über das Ergebnis der 8. Milchquotenbörse und die Auswirkungen auf die schleswig-holsteinischen Betriebe

Berichtswunsch der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan (FDP)
Umdruck 15/2682

hierzu: Umdruck 15/2803

Siehe auch „Bauernblatt“ vom 9. November 2002

MDgt Hans-Joachim Pieper gibt einen kurzen Überblick über die Entstehung der Milchquotenbörse, die für Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen gemeinsam bei der Kammer Hannover betrieben werde. Er schildert sodann die Nachfragesituation nach den Quoten, die er als zurzeit etwas entspannter bezeichnet. Gleichzeitig spricht er von Problemen bei der Zukunft der Milchproduktion insgesamt. In diese Situation hinein, so fährt MDgt Hans-Joachim Pieper fort, hätten einzelne Betriebe aber dennoch den letzten Börsentermin wahrnehmen müssen, um ihre Rechte nicht ersatzlos zu verlieren. Vor diesem Hintergrund sei es im gesamten Bundesgebiet zu einem deutlich steigenden Angebot bei eher verhaltener Nachfrage gekommen. In Schleswig-Holstein seien es 195 Anbieter bei nur 136 Nachfragern gewesen. Dadurch sei es zu dieser besonderen Lage gekommen, die nach dem Berechnungsmodell den extrem niedrigen Milchpreis gebracht habe.

Anhand des verteilten Umdrucks 15/2803 erläutert sodann Referent Frank Koschinski weitere Einzelheiten des letzten Börsengangs.

MDgt Hans-Joachim Pieper spricht von einer „gewissen Überreaktion im Einzelfall“ und gibt seiner Auffassung Ausdruck, dass insgesamt das neue Quotensystem in die richtige Richtung weise.

Der Ausschussvorsitzende dankt den Referenten für ihren Bericht.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Terminplanung für das erste Halbjahr 2003

Der Terminvorschlag wird einstimmig akzeptiert. Auf Wunsch des Abg. Friedrich-Carl Wodarz beschließt der Ausschuss, den für den 19. Dezember 2002 anberaumten Termin auszusetzen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Wahl des Vorsitzenden des Agrarausschusses

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, begründet kurz die Niederlegung des Ausschussvorsitzes damit, dass er bei der nächsten Landtagswahl nicht mehr kandidieren werde und deshalb seinem Nachfolger im Agrarausschuss rechtzeitig Gelegenheit geben wolle, sich in die Leitungsfunktion einzuarbeiten. Er spricht allen Ausschussmitgliedern seinen Dank für die stets gute Zusammenarbeit während der 11 Jahre seiner Vorsitzendentätigkeit aus. Der gleiche Dank geht an die Ausschussgeschäftsführerin sowie die Mitarbeiter des Ministeriums.

Anschließend sprechen für ihre Fraktionen die Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz, Dr. Christel Happach-Kasan, Peter Jensen-Nissen, Detlef Matthiessen und Lars Harms ihren Dank für die immer auf Ausgleich bedachte und gleichzeitig durchsetzungsfähige Ausschussleitung aus. MDgt Hans-Joachim Pieper schließt sich der Wertschätzung aus der Sicht des Ministeriums an.

Es folgt die nachfolgend abgedruckte Laudatio durch die Stellvertretende Ausschussvorsitzende, Abg. Maren Kruse, die einen Geschenkkorb überreicht.

Sehr geehrter Herr Hopp,

Nein, mit ebenso großem Engagement führten Sie uns in den fast elf Jahren Ihrer Leitung jeden Sommer in die unterschiedlichsten Teile des Landes. Dabei waren Sie nicht nur überzeugt, dass die Präsenz der Ausschussmitglieder vor Ort als ein Zeichen zu werten sei, dass wir die Sorgen und Nöte der Bürger vor Ort ernst nehmen, sondern Sie waren auch bestrebt, durch diese Reisen den Zusammenhalt der Ausschussmitglieder und das Verständnis untereinander zu festigen.

Waren es in der 13. Wahlperiode die Küstenschutzprobleme an der Elbe, die Begehung des Segeberger Forstes, Informationen über die Dorferneuerung in der Probstei sowie der Besuch der Versuchsgüter Lindhof und Bredstedt, so kamen in der 14. Wahlperiode durch die sich anbahnenden Änderungen in der Agrarpolitik in Richtung auf mehr Verbraucherschutz und auf eine mehr ökologische Ausrichtung, Informationsveranstaltungen bei der Verbraucherzentrale, bei EDEKA, auf dem Versuchsgut der BASF in

Bothkamp und die Bereisung nach Garding und St. Peter sowie der Besuch der Bundesanstalt für Milchforschung in Kiel dazu.

In der 15. Wahlperiode spielte verstärkt der Tourismus eine Rolle. Aber insbesondere die BSE-Problematik, die erstmals bereits 1993 auf der TO einer Sitzung stand, beschäftigte in dieser Legislaturperiode den Ausschuss. Verbunden damit war ein verstärktes Engagement in Sachen Verbraucheraufklärung und Tierkörperbeseitigung. Der Besuch der Verbraucherberatungsstelle in Kiel, der Kartoffelscheune Linnau, einer Biogasanlage in Neubukow und des Landeslabors in Neumünster waren Ausfluss der Diskussionen um die Tierseuchenproblematik und die Verbrauchergesundheit.

Und jedes Jahr gelang es Ihnen mit feinsinniger, aber gleichwohl überzeugender Argumentation, den Besuch der Grünen Woche zu einem für alle weiterführenden Diskussionsforum zu gestalten und den Besuch der NORLA sowie die dortige Standbetreuung zum Pflichtprogramm zu deklarieren.

Wie Sie das alles in Ihrer integrierenden Art und bei allen politischen Kontroversen um steten menschlichen Ausgleich bemüht bewältigten, dies und die nie fehlenden Milch- und Käsebrötchenerfrischungen werden wir nicht vergessen. Für all das danken wir Ihnen.

Anschließend stellt die Stellvertretende Vorsitzende, Abg. Maren Kruse, den von Abg. Claus Hopp vorgeschlagenen Abg. Claus Ehlers zur Wahl. Bei eigener Enthaltung wird Abg. Ehlers zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Der neue Vorsitzende, Abg. Claus Ehlers, stellt in den Mittelpunkt seiner Dankesworte die Feststellung, dass Abg. Hopp in den elf Jahren seines Vorsitzes nicht nur Maßstäbe in der Agrarpolitik des Landes gesetzt und die gedeihliche Zusammenarbeit im Ausschuss gepflegt habe, sondern auch dem Amt durch seine Amtsführung Ansehen in der Öffentlichkeit verliehen habe.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der neue Vorsitzende, Abg. Claus Ehlers, schließt die Sitzung um 12:15 Uhr.

gez. Claus Hopp

Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haaß

Geschäfts- und Protokollführerin